



## **Grundsatzposition**

### **Schulstrukturen in den ländlichen Räumen – gestalten, statt aufgeben!**

Bildung gilt als Zukunftsthema, Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Trotz dieser Bekenntnisse, die auch von der Politik so aufgenommen werden, ist über die gesamten Bildungsdebatten der letzten Jahre ein Thema nur unzureichend in den Blick genommen worden: Die Zukunft der Schulen in den ländlichen Räumen. Auf Grund von immer mehr Schulschließungen im ländlichen Raum stellt sich die Frage, warum es angesichts der erwarteten demographisch bedingten Entwicklungen kein früheres Gegensteuern im Sinne von neuen Ideen und Konzepten gab. Schulen vor Ort zu schließen kann zwar von Seiten der Verwaltungsebene als sachliche Entscheidung auf Grund von geringen SchülerInnenzahlen dargestellt werden, ist aber in den Auswirkungen oft dramatisch für die betroffenen Kinder und ihre Familien in den ländlichen Räumen. Es gibt Kinder und Jugendliche, die auch auf Grund des schlecht ausgebauten öffentlichen Nahverkehrs jeden Tag Stunden im Bus verbringen, um eine Schule überhaupt besuchen zu können. Wo bleibt da das grundgesetzliche Leitprinzip von der Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in unserem Land? Als größter Jugendverband in den ländlichen Räumen wollen wir Stellung nehmen und für die „Schule auf dem Land“ eintreten.

#### **1. Ausgangssituation**

##### **Demographischer Wandel**

Bis zum Jahr 2050 wird sich die Bevölkerungszahl in Deutschland von ca. 82 Millionen auf etwa 69 bis 74 Millionen EinwohnerInnen verringern<sup>1</sup>. Wir werden also weniger und darüber hinaus auch älter. Der Altersaufbau unserer Gesellschaft wird sich verändern: Schätzungen zu Folge könnte die Altersgruppe der unter 20 jährigen von 16 auf ca. 10 Millionen sinken. Dem gegenüber wächst die Zahl der über 65 Jahre alten EinwohnerInnen von 16 auf 23 Millionen. Diese prognostizierten Entwicklungen werden einige Teile der Bundesrepublik überdurchschnittlich stark treffen: Bereits heute gibt es insbesondere in den östlichen Bundesländern strukturschwache ländliche Räume, in denen die ältere Bevölkerung deutlich überwiegt.

##### **Weniger SchülerInnen**

In den ländlichen Räumen liegt die Geburtenrate zum Teil über dem Bundesdurchschnitt. Dort, wo Arbeitsplätze und ausreichende Infrastruktur vorhanden sind, werden oftmals noch

---

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt 2006

mehr Kinder als im städtischen Bereich geboren<sup>2</sup>. Dies kann eine Chance sein. Und doch zeigt sich bundesweit bereits jetzt, dass auch im ländlichen Raum die Anzahl der Kinder abnimmt. Dementsprechend oft erreichen Schulen die vorgegebenen minimalen Klassenstärken nicht mehr. Schulen werden insgesamt kleiner. Dadurch leidet die Vielfalt des schulischen Angebotes, es gibt oft nur eingeschränkte Wahlmöglichkeiten und weniger FachlehrerInnen. Der Teufelskreis der Bildungsbenachteiligung für Kinder und Jugendliche in den ländlichen Räumen verfestigt sich.

### **Schulen schließen- Auswirkungen auf junge Menschen**

Von Schleswig-Holstein über Brandenburg bis nach Hessen und Bayern: die Schulstandorte in den ländlichen Räumen stehen immer mehr zur Disposition. Wenn Schulen geschlossen werden, müssen die Kinder frühzeitig erfahren, was die erhöhte Mobilität mit sich bringt: Lange Anfahrtswege von mehr als einer Stunde pro Fahrt sind keine Seltenheit. Bei gleichzeitigem Ausbau des Schulbetriebes bedeutet das für die Kinder im ländlichen Raum einen 10-Stunden-Tag, bis sie wieder zu Hause sind. Wobei zusätzliche Zeiten für das Lernen und oftmals auch für Hausaufgaben aufgewendet werden müssen. Wie können dann noch Kontakte geknüpft, Freundschaften gepflegt, geschweige denn ehrenamtliches Engagement gezeigt werden? Eine Kindheit sollte aus mehr als Schule und der Anfahrt dorthin bestehen. Kinder und Jugendliche, die den ganzen Tag außerhalb ihres Wohnortes verbringen, sind zwischen zwei Orten hin und her gerissen. Daraus ergibt sich eine mangelnde Identifizierung mit der Heimat, was auch zur Folge haben kann, dass junge Menschen später eher dazu neigen, sie dauerhaft zu verlassen.

### **Langfristige Folgen für die ländlichen Räume**

Die oben beschriebene Problematik bedeutet insgesamt mehr als eine individuelle Herausforderung. Wenn die schulische Infrastruktur in den ländlichen Räumen immer mehr wegbriecht, werden diese Regionen langfristig ihrer Zukunftsperspektiven beraubt. Junge Familien verlassen diese Gegenden, es gelingt auch nicht junge Familien anzusiedeln. Die gut ausgebildete Generation an Männern und Frauen geht mit ihrem Wissen und Know-How verloren. Welche Region kann langfristig auf beruflichen Nachwuchs verzichten?<sup>3</sup> Die Spirale nach unten scheint unausweichlich: Die Wirtschaftskraft sinkt und die Infrastruktur dünnt sich mehr und mehr aus.

Nicht vergessen werden sollte auch, dass die Schulen in den ländlichen Räumen nicht nur Bildungsorte für junge Menschen sind. Sie sind oftmals Mittelpunkt für das Vereins- und Kulturleben vor Ort. Volkshochschulkurse, Mutter-Kind Kurse, Vereinssitzungen und Sportangebote sind eng mit dem Schulgebäude vor Ort verknüpft. Turnhallen und Lehrschwimmhallen sind oft nur in Verbindung mit einer Schule als Infrastruktur vorhanden. Das Schulorchester oder die Theatergruppe der Schule tragen durch ihre Aufführungen zum kulturellen Leben eines Ortes bei und sind deshalb wichtige kulturelle Infrastrukturelemente.

---

<sup>2</sup> „Nach wie vor liegt die Geburtenrate in den Gemeinden des Ländlichen Raums im Durchschnitt noch höher als in den Verdichtungsräumen. Gleichwohl ist über die letzten 20 Jahre eine Annäherung des Geburtenverhaltens zu beobachten.“ (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2008)

<sup>3</sup> „Die vor allem von der einkommensstarken Wohnbevölkerung lebenden Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen des ländlichen Raums werden weniger Aufträge bekommen, weil eben diese Wohnbevölkerung abnimmt.“ (Weingardt in „Landjugend(t)räume“ 2008)

## **Föderalismus der Bildungspolitik**

In Deutschland liegt die Verantwortung der Schulpolitik in der Hoheit der Bundesländer. Die Kultusministerkonferenz setzt sich aus den KultusministerInnen zusammen. Diese gibt bundeseinheitliche Rahmenbedingungen der Bildungspolitik der Länder fest. Primäre Ziele sind die Sicherstellung der gegenseitigen Anerkennung der Schulabschlüsse und der Mobilität der SchülerInnen bei Umzug in ein anderes Bundesland. (Quelle: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland; Weiterentwicklung des Schulwesens in Deutschland seit Abschluss des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens vom 28.10.1964 i.d.F. vom 14.10.1971 (Beschluss KMK vom 10.05.2001)

## **Hauptschulen in den ländlichen Räumen**

Deutschland ist von einem differenzierten Schulsystem geprägt. Bisher erfolgte in den meisten Bundesländern nach der vierten Klasse eine Verteilung auf das Gymnasium, die Realschule und die Hauptschule. Bundesweit ist die Quote der Schülerübertritte auf die Hauptschule auf inzwischen 23 % immer mehr gesunken. Hauptschulen stehen dadurch zur Disposition. Ob Sekundarschulen als Zusammenführung von Real- und Hauptschulen wie in Berlin oder die Regionale Schule in Rheinland-Pfalz – mittlerweile gibt es kaum ein Bundesland, das die Hauptschulen einschließlich ihrer Probleme und Herausforderungen nicht abschaffen will. Doch sind die Probleme dadurch wirklich gelöst? Hinzu kommt, dass gerade in den ländlichen Räumen die Hauptschulen eine deutlich andere Relevanz und Qualität haben können. Im ländlichen Raum besuchen zudem mehr SchülerInnen eines Jahrgangs die Hauptschulen als in städtischen Gebieten. Gründe hierfür können sein:

- Hauptschulen in den ländlichen Räumen haben gute Kontakte zu örtlichen ArbeitgeberInnen. Dadurch ist die Übergangsquote von der Hauptschule in eine Ausbildung höher als im Durchschnitt.<sup>4</sup>
- Kontakte von Eltern und LehrerInnen sind direkter. Es besteht die Möglichkeit auch in Erziehungsfragen enger zusammen zu arbeiten.
- Das Engagement der HauptschülerInnen auf dem Land ist höher. Sie beteiligen sich häufiger in Vereinen und Verbänden vor Ort und werden darüber zusätzlich qualifiziert. Dies verschafft ihnen einen breiteren Kompetenzerwerb.<sup>5</sup> (Weingardt)

---

<sup>4</sup> „In Hauptschulen des ländlichen Raums hingegen finden wir hingegen oft doppelt so hohe Quoten, 30-50% sind hier in den alten Bundesländern keine Seltenheit, sofern es sich nicht um besonders strukturschwache Gebiete handelt. (Weingardt, Martin, S. 60: „Landjugend(r)äume“ 2008, Bund der Deutschen Landjugend)

<sup>5</sup> vgl. S.61/62 Martin Weingardt in: „Landjugend(r)äume“ 2008, Bund der Deutschen Landjugend

## **2. Lösungsmöglichkeiten**

Der Bund der Deutschen Landjugend setzt sich seit seiner Gründung im Jahr 1949 für den Erhalt und die Schaffung von Lebens- und Bleibeperspektiven für junge Menschen in den ländlichen Räumen ein. Unerlässlich hierfür sind Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Ausbildung. Es muss unserer Meinung nach gelingen, die Schulen in den ländlichen Räumen zu erhalten, jedem Kind einen wohnortnahen qualitativ hochwertigen Schulplatz mit angemessenen Wahlmöglichkeiten anzubieten und somit die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume langfristig abzusichern.

### **2.1 Schulstandorte bleiben erhalten**

Wir fordern den flächendeckenden Erhalt von Schulen im ländlichen Raum. Eine wohnortnahe Schulversorgung gewährleistet, dass Kinder gerade zu Beginn ihrer Schullaufbahn einen positiven Einstieg erleben und ihnen der Schulbesuch Spaß macht. Stundenlanges Pendeln im Bus macht Kindern sicherlich keinen Spaß, denn dadurch werden ihre Möglichkeiten zur selbstbestimmten Freizeitgestaltung stark eingeschränkt.

Der kurzfristigen Rechnung, dass kleine Schulen zu hohe Kosten bedeuten, erteilen wir eine Absage. Gerade vor dem Hintergrund, dass Bildung immer mehr zu einem wichtigen Zukunftsfaktor unserer Gesellschaft wird, sehen wir die Ausgaben in eine flächendeckende Bildung auf dem Land als eine gute Investition in die Zukunft. Die durch den Demographischen Wandel hervorgerufene Verkleinerung der Lerngruppen kann durchaus eine Chance darstellen. Darüber hinaus fordern wir eine Gegenrechnung der Kosten, die beispielsweise für SchülerInnentransport, Wirtschaftskraftverlust und Fachkräftemangel entstehen.

Schulbusse sind mancher Orts die einzigen öffentlichen Verkehrsmittel. Generell darf die Finanzlage der Kommune nicht darüber entscheiden, ob ein Schulbus eingesetzt wird. Für die Bereitstellung der kostenfreien Transportmöglichkeit müssen Kommunen einen finanziellen Ausgleich erhalten.

Um Schulen im ländlichen Raum zu erhalten muss eine flexible Ausgestaltung dieser ermöglicht werden. Es bedarf der Umsetzung bereits erfolgreich evaluierter Konzepte. Insgesamt müssen diese Konzepte aber auch bei der Aus- und Fortbildung von LehrerInnen berücksichtigt werden.

### **2.2 Regionale Schulkonzepte**

Ein wohnortnahes Schulangebot muss erhalten bleiben. Bevor darüber nachgedacht wird, Schulstandorte im ländlichen Raum zu schließen, müssen andere Ideen und Möglichkeiten geprüft werden. Die Kultusministerien der Länder müssen die rechtlichen Bedingungen herstellen, um flexible Möglichkeiten zum Erhalt der Schulen vor Ort zu schaffen. Wir unterstreichen die Notwendigkeit der bundesweiten Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die Möglichkeit des Wohnortwechsels. Wir sehen jedoch die primären Ziele der KMK derzeit nicht ausreichend umgesetzt.

Zur Sicherung der wohnortnahen Schulen sollte die Mindestanzahl der SchülerInnen je Klasse, gerade an so genannten einzügigen Schulen herabgesetzt werden. Die Entwicklung einer den lokalen Gegebenheiten angepassten Bildungslandschaft soll den Schulträgern in Zusammenarbeit mit den Schulen vor Ort übertragen werden.

Desweiteren sollte die Kultusministerkonferenz der Bundesländer, insbesondere folgende Möglichkeiten zum Erhalt der Schulen im ländlichen Raum prüfen:

### **LehrerInnenmobilität**

Gerade dort, wo die Klassen kleiner sind und weniger LehrerInnen vorhanden sind, kann das Kurs- und Lehrangebot möglichst breit gehalten werden, indem LehrerInnen im ländlichen Raum an mehreren Schulstandorten unterrichten. Insbesondere im Fremdsprachenbereich bringt die Mobilität einzelner Fachkräfte einen Gewinn für die SchülerInnen im ländlichen Raum. Für die Mobilität müssen Rahmenbedingungen wie Fahrtkostenregelung, Versicherungsschutz und koordinierte Zeitpläne geschaffen werden.

### **Gemeinschafts- oder Sekundarschulen**

In einigen Bundesländern werden bereits Modelle für die Gemeinschaftsschule oder auch Sekundarschule entwickelt und umgesetzt. Für die **Gemeinschaftsschulen** gibt es zwei Grundmodelle: Nach einer gemeinsamen Unterrichtszeit bis einschließlich zur Klasse 6 wird schulformübergreifend gelernt. Dabei findet eine Differenzierung in Kurse auf unterschiedlichem Niveau statt. In diesem Modell ist es somit möglich, in unterschiedlichen Fächern auch unterschiedliche Leistungsstufen zu erreichen. Anders funktioniert die Gemeinschaftsschule, die eine Differenzierung nach Haupt- und Realschule sowie Gymnasium vornimmt, aber unter einem Dach. In der Regel sind diese Gemeinschaftsschulen fünfzünftig angelegt: zwei Gymnasialklassen, zwei Realschulklassen und eine Hauptschulklasse. Bei der **Sekundarschule** werden die Schulformen Haupt-, Real- und Gesamtschule zusammengefasst. An der Sekundarschule können alle Schulabschlüsse erreicht werden, auch das Abitur nach dreizehn Jahren. Zusätzlich zur Sekundarschule gibt es das Gymnasium, welches nach zwölf Jahren zum Abitur führt. Es gibt einen Klassenverbund und zusätzlich eine Aufteilung nach Kursen und Förderkursen.

### **Klassen- und Jahrgangsübergreifendes Lernen**

Verschiedene Klassenstufen werden in diesem Modell gemeinsam unterrichtet. Jeweils zwei Klassenstufen werden gemeinsam von einer Lehrkraft unterrichtet. Kleine Klassenstärken werden somit zu einem größeren Klassenverbund zusammengefasst. Bereits existierende Modelle des jahrgangsübergreifenden Lernens wenden zudem ein Patensystem unter den SchülerInnen an und stärken darüber die sozialen Kompetenzen. LehrerInnen brauchen hierfür eine spezielle Vorbereitung und entsprechend ausgearbeitetes Material für die SchülerInnen.

### **Kooperationsformen zwischen einzelnen Schulen und Schulformen**

Auf regionaler Ebene kann eine effektive Auslastung der bisherigen Schulstrukturen verbessert werden, indem benachbarte Schulen miteinander kooperieren. Denkbare Varianten sind dabei: An Standort A findet der Unterricht der Klassen 5 und 6 statt, an Standort B der Unterricht für die Klassen 7 und 9. Ein weiteres Modell könnte sein, dass die Real- und

Hauptschule als Schulverbund unter einer Schulleitung zusammengeführt wird, unter Beibehaltung der eigenständigen Bildungsgänge.

### **Internetbasiertes Lernen Fernunterricht**

In Schweden wird in einigen sehr strukturschwachen Regionen das Modell des Internetbasierten Lernens praktiziert. Wir allerdings betrachten dieses Modell generell als eine Variante, die wirklich nur als allerletztes Mittel für sehr entlegene Regionen nützlich ist. Denkbar wäre dies für Inseln, die im Herbst- oder Winter vom Festland abgekoppelt sind.

Regionale Schulkonzepte erhöhen unserer Meinung nach die Motivation aller Beteiligten, wenn sie an der Ausgestaltung ihrer jeweiligen Schule mitwirken können. Dabei sollten die Schulen die Ressourcen vor Ort berücksichtigen.

### **Abschließend:**

Die hier vorgestellten Konzepte und Ideen werden sicherlich Geld kosten. Dieses Geld fordern wir im Interesse der Kinder und Jugendliche in den ländlichen Räumen ein. Es ist notwendig um die Gleichwertigkeit ihrer Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass diese Ausgaben Investitionen in Bildung sind. Sie sind gut angelegt und werden sich langfristig für die ländlichen Räume und ihre BewohnerInnen auszahlen. Parallel zu den oben beschriebenen Lösungsmöglichkeiten fordern wir auch den Ausbau der Schulforschung für den ländlichen Raum. Es ist notwendig mehr gesicherte Daten über SchülerInnenzahlen oder Evaluation von guten Schulkonzepten zu betreiben und Erkenntnisse hierzu weiterzugeben.

Der Bund der Deutschen Landjugend und seine Mitgliedsverbände werden sich dafür einsetzen, dass die Forderungen in diesem Papier an die jeweils zuständigen Stellen herangetragen werden und von diesen zur Umsetzung gebracht werden.

### **Zusammengefasst fordert der Bund der Deutschen Landjugend:**

- die Bereitstellung eines wohnortnahen, qualitativ hochwertigen Schulplatzes für jedes Kind in den ländlichen Räumen.
- mehr Ausgaben in die flächendeckende Bildung in den ländlichen Räumen.
- die Herstellung rechtlicher Bedingungen durch die Kultusministerien der Länder, um flexible Möglichkeiten zum Erhalt der Schulen vor Ort zu schaffen.
- die zielführende Umsetzung der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz.
- bei der Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen müssen die Konzepte und Ansätze berücksichtigt werden.
- den Ausbau der Schulforschung für die ländlichen Räume.

Beschlossen von der Bundesmitgliederversammlung des Bundes der Deutschen Landjugend am 08.November 2009 in Berlin.